

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 165 (1999)

**Heft:** 6

  

**Artikel:** Das Neutralitätsdilemma : die österreichische Sicht

**Autor:** Gustenau, Gustav E.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-65974>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 17.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das Neutralitätsdilemma

### Die österreichische Sicht

Gustav E. Gustenau

**Angesichts des aktuellen Krieges in Jugoslawien stellt sich einmal mehr die Frage, ob denn die Neutralität noch ein adäquates sicherheitspolitisches Instrument sein kann. Konzidiert man vorweg den bloss instrumentellen Charakter der Neutralität mitsamt ihren rechtlichen Verpflichtungen, treten sogleich allgemein politische, völkerrechtliche und strategische Überlegungen in den Vordergrund, die zeigen, dass die Sicherheitspolitik Österreichs in keiner Weise mehr ein schlüssiges Konzept vorweisen kann. Als Mitglied der UNO, der Europäischen Union und der NATO-PfP erfuhr die österreichische Neutralität Modifikationen, welche z.B. in der Gewährung von Durchmarsch- bzw. Überflugsrechten für friedensschaffende oder -erhaltende Operationen oder die Teilnahme von Kontingenten des österreichischen Bundesheeres an selbigen Operationen letztlich auch unter der Führung des «Militärbündnisses» NATO ihren Ausdruck findet.**



Oberstleutnant  
Mag. Gustav E. Gustenau  
Generalsekretär der ÖÖG,  
Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien.

Bislang wurde für die Gewährung von Durchmarsch- oder Überflugsrechten immer eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates zur Voraussetzung gemacht. Im konkreten Fall hat die österreichische Bundesregierung aufgrund des Fehlens einer expliziten UNO-Resolution der NATO Überflüge zur Bombardierung Jugoslawiens unter Verweis auf die entsprechenden Neutralitätsbestimmungen verweigert. Dies mag rechtlich konsequent erscheinen, politisch schlüssig ist es nicht.

#### EU-Regierungschefs stehen klar hinter der NATO-Operation

Ein abschliessendes Urteil über die legalen Aspekte der NATO-Operation «Allied Force» kann derzeit nicht gefällt werden. Auch in Österreich ist die Diskussion darüber unter führenden Völkerrechtsexperten überaus kontrovers. Jene Stimmen gewinnen an Terrain, die die Möglichkeit einer völkerrechtskonformen Intervention bei gravierenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts sehen. Konsens besteht immerhin darin, dass die UNO politisch und institutionell den aktuellen Herausforderungen kaum gewachsen ist und auch deren moralische Autorität durch die Vetomöglichkeit im Sicherheitsrat, welche immer wieder durch Russland oder China wahrgenommen wird, weitgehend unterminiert ist. Aus diesem Kontext heraus haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU eindeutig hinter die NATO-Operation gestellt. Auch der österreichische Bundeskanzler sah sich als Mitglied der EU-Troika zu einer ausdrücklichen Billigung veranlasst. Österreich hat sich so mit der EU und der NATO politisch völlig solidarisiert, implizite auch mit der Legalität der NATO-Luftangriffe. Trotzdem erklärte es sich militärisch neutral, was etwa im Golfkrieg oder während des Krieges in Bosnien-Herzegowina durch die Gewährung von Durchmarsch- bzw. Überflugsrechten nicht der Fall war. Bemüht man einmal mehr das «Primat der Politik», so werden die Wider-

sprüche um so offenkundiger, wenn das militärische Konzept in offenem Widerspruch zum politisch-strategischen steht.

#### Die Neutralität hat ihren Stellenwert eingebüsst

Mit dem Wegfall der Paktkonfrontation hat sich der geostrategische Hintergrund für die österreichische Neutralität aufgelöst, und die mit der Neutralität verbundene Absicht des Heraushaltens aus einem Konflikt zwischen NATO und WAPA ist obsolet. Dass die Neutralität eine Gewähr dafür ist, von Konflikten an der europäischen Peripherie verschont zu werden, erweist sich heute zunehmend als Illusion. Als südöstlichster der mitteleuropäischen EU-Staaten grenzt Österreich an die Instabilitätszone des Balkans und ist von den Konfliktfolgen zumeist sehr früh und unmittelbar betroffen. Kontingente des Bundesheeres stehen seit 1996 in Bosnien-Herzegowina zur Implementierung des Dayton-Vertrages und seit Mitte April 99 auch wieder in Albanien als Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskatastrophe. Auch für die Implementierungstruppe eines allfälligen Kosovo-Abkommens hat die Bundesregierung eine Beteiligung zugesichert.

#### Einheitliche EU-Sicherheitspolitik

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat sich die österreichische Bundesregierung unmissverständlich zur gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EU bekannt und den Vertrag von Amsterdam ratifiziert. Daher kann für die Neutralität kein Raum mehr sein: Auch das liebevoll gepflegte Selbstbild des neutralen Vermittlers erweist sich zunehmend als Illusion in einer Zeit, da zumeist die USA die Eckpunkte für politische Abkommen vorgeben, welche dann in Paris oder London unter Wahrung der Interessen Deutschlands beschlossen werden. Unsere Sicherheitspolitik sollte mehr sein, als lediglich ein «Überflughindernis» darzustellen, welches den Bomberverbänden der Allianz, deren Vorgangsweise man politisch unterstützt, viel Zeit und Treibstoff kostet. Wie lange man dieses «Überflughindernis» angesichts der Schwäche der österreichischen Luftverteidigung noch ernst zu nehmen braucht, ist fraglich. ■